

Protokoll

16. Sitzung der Legislatur 2011-2015

Dienstag, 18. Juni 2013, 19.00 Uhr, im Seeparksaal

Vorsitz: Parlamentspräsident Remo Bass

Anwesend Stadtparlament: 28 Mitglieder

Entschuldigt: Schmid Luzi, CVP, Vonlanthen Andrea, SVP

Anwesend Stadtrat: Balg Andreas, FDP, Brühwiler Konrad, SVP, Hug Patrick, CVP, Stäheli Reto, CVP, Züllig Hans Ulrich, FDP

Protokoll: Evelyne Jung, Parlamentssekretärin

Traktanden

16/ 1. Mitteilungen

16/ 2. Jahresbericht und Jahresrechnung 2012 der Stadt Arbon
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

16/ 3. Motion betreffend „Einführung Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP)“
Eintreten, Diskussion, Beschlussfassung

16/ 4. Motion betreffend „Schaffung einer Fachkommission Verkehr“
Eintreten, Diskussion, Beschlussfassung

16/ 5. Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros für die restliche Amtszeit 2011-2015,
SP-Gewerkschaften-Juso
(Rücktritt Anita Telatin)

16/ 6. Fragerunde

16/ 7. Verschiedenes

- Informationen aus dem Stadtrat

Präsident Remo Bass: Geschätzte Parlamentarierinnen und Parlamentarier und Stadträte, Vertreter der Medien, Besucherinnen und Besucher, sehr geehrte Damen und Herren. Ich begrüsse sie an diesem schönen Sommerabend zur Sitzung hier im Seeparksaal.

Wie sagt Mark Twain so schön: „Sommer ist die Zeit, in der es zu heiss ist, um das zu tun, wozu es im Winter zu kalt war“

Es ist nie die richtige Zeit und auch nie die falsche Zeit. Im Winter beraten wir das Budget und da geht es manchmal ganz hitzig zu und her und im Sommer beraten wir darüber, was ausgegeben worden ist, was uns wiederum aber auch nicht kühl lässt. Damit wir aber noch nachher Zeit für ein kühles Getränk haben, wollen wir mit der 16. Parlamentssitzung der Legislatur 2011 -2015 anfangen.

Ich bitte Evelyne Jung, Parlamentssekretärin, den Namensaufruf vorzunehmen.

Es sind zurzeit 27 Mitglieder, Cyrill Stadler wird etwas verspätet eintreffen, anwesend. Entschuldigt haben sich: Luzi Schmid, CVP und Andrea Vonlanthen, SVP. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Das absolute Mehr beträgt somit 15 Stimmen.

Traktandenliste

Präsident Remo Bass: Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten. Ich stelle diese zur Diskussion.

Die Diskussion wird nicht gewünscht, somit ist die Traktandenliste genehmigt.

1. Mitteilungen

Unterlagen

Sie haben folgende Unterlagen erhalten:

Per Mail vom 28. Mai 2013

- Einladung mit Traktandenliste

Per A-Post:

Mit Versand vom 4. Juni 2013

- Kommissionsbericht von Lukas Graf, Präsident der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission zum Jahresbericht und Jahresrechnung der Stadt Arbon 2012
- Beantwortung Interpellation betreffend „Förderung der Stimmabstimmung“
- Beantwortung Interpellation betreffend „Gebühren, Beiträge und Abgaben“
- Projektübersicht der Stadt Arbon, Stand 4. Juni 2013

Bereits am 15. April 2013 haben sie erhalten:

- Jahresbericht und Jahresrechnung 2012
- Botschaft Jahresbericht und Jahresrechnung 2012 der Stadt Arbon
- Beantwortung Motion betreffend „Schaffung einer Fachkommission Verkehr“
- Beantwortung Motion betreffend „Einführung Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP)“

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro

Parlamentarische Vorstösse:

An der heutigen Parlamentssitzung ist eine Interpellation von Claudia Zürcher, FDP und Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso „zur Praxis im Baubewilligungsverfahren“ eingereicht worden. Die Interpellation geht nun in die Zirkulation.

Gemäss Art. 12 Einbürgerungsreglement besteht für die Einbürgerungskommission Informationspflicht gegenüber dem Stadtparlament über zu behandelnde Gesuche und gefasste Beschlüsse.

Ich bitte Hanspeter Belloni, Präsident der Einbürgerungskommission, um Mitteilungen aus der Einbürgerungskommission.

Präsident Hanspeter Belloni, SVP: Beschlüsse der Einbürgerungskommission: An der Sitzung vom 4. Juni 2013 wurden insgesamt sieben Personen ins Bürgerrecht der Stadt Arbon aufgenommen.

1. Ins Bürgerrecht der Stadt Arbon aufgenommen:

- Campailla Gaetano, 1961, italienischer Staatsangehöriger
- Campailla Giulia Elisa, 2013, italienische Staatsangehörige
- Iseni Ashim, 1996, mazedonischer Staatsangehöriger
- Müller Gert, 1968, deutscher Staatsangehöriger
- Puresevic Nikola, 1993, serbischer Staatsangehöriger
- Schifferdecker Marion, 1992, deutsche Staatsangehörige
- Schifferdecker Sabine, 1961, deutsche Staatsangehörige

2. Pendenzen:

Im Moment liegen 4 pendente, behandlungsreife Gesuche von 9 Personen vor. Weitere 8 Gesuche von 8 Personen befinden sich im Vorprüfungsverfahren, im eidgenössischen Bewilligungsverfahren oder sind zurückgestellt. Zudem sind 11 Gesuche von 25 Personen neu bei uns eingegangen.

Präsident Remo Bass: Hanspeter Belloni, danke für die Informationen.

2. Jahresbericht und Jahresrechnung 2012 der Stadt Arbon

Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

Präsident Remo Bass: Der Stadtrat hat am 8. April 2013 den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2012 verabschiedet. Diese liegen nun zur Genehmigung vor.

Der Stadtrat stellt folgende Anträge:

1. Der Jahresbericht 2012 sei zu genehmigen.
2. Die Jahresrechnung 2012, bestehend aus der Bestandesrechnung und der Verwaltungsrechnung (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung), sei zu genehmigen.
3. Der Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung 2012 von Fr. 258'143.36 sei dem Eigenkapital gutzuschreiben.

Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission empfiehlt ihnen einstimmig, den Antrag des Stadtrates vom 8. April 2013 zu genehmigen.

Wir kommen zum Eintreten. Ich erinnere sie daran, dass das Eintreten obligatorisch ist. Ich übergebe das Wort Lukas Graf, Präsident der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGK).

Cyrill Stadler, FDP ist um 19.10 Uhr eingetroffen.

Lukas Graf, Präsident FGK: Die FGK hat den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2012 in drei Sitzungen geprüft und einen Bericht zuhanden des Parlaments erstellt. Dieser Bericht wurde ihnen mit dem Versand vom 4. Juni zugestellt. Nebst allen wesentlichen Antworten des Stadtrates auf die Fragen der FGK enthält er sämtliche Punkte, die es aus Sicht der Kommission hervorzuheben galt. Ich verzichte deshalb an dieser Stelle auf die komplette Wiederholung des Berichts und werde nur noch auf einzelne Aspekte eingehen und allenfalls Ergänzungen anbringen.

Erfreut hat die FGK den positiven Rechnungsabschluss zur Kenntnis genommen, der um beinahe eine Million besser ausfiel als budgetiert. Hauptgründe für diese Entwicklung sind Mehreinnahmen bei den Steuereinnahmen im Umfang von rund Fr. 900'000.-- sowie geringere Abschreibungen von beinahe einer Viertelmillion aufgrund nicht getätigter Investitionen.

In fast allen funktionalen Hauptbereichen konnten die Nettoaufwände gegenüber dem Voranschlag reduziert werden. Eine Ausnahme bilden die Bereiche Gesundheit und Soziale Wohlfahrt.

Es ist nicht das erste Mal, dass die Stadt Arbon ein Defizit budgetiert und anschliessend mit schwarzen Zahlen überraschen kann. Es ist auch nicht das erste Mal, dass aufgeschobene Investitionen den Unterschied machen oder mindestens einen grossen Teil dazu beitragen. Die FGK empfiehlt dem Stadtrat daher, das Investitionsvolumen für das kommende Budget genau zu prüfen. Entweder muss das budgetierte Volumen gesenkt und einer tatsächlich realisierbaren Grösse angepasst werden, oder die Stadt muss Ressourcen bereit stellen, damit die geplanten Investitionen dann auch tatsächlich umgesetzt werden können. Ansonsten verliert der Stadtrat diesbezüglich über kurz oder lang seine Glaubwürdigkeit.

Die FGK hat den Bericht der Rechnungsprüfungskommission RPK zur Kenntnis genommen und dankt der RPK für die geleistete Arbeit. Die RPK empfiehlt, den Jahresbericht und die Jahresrechnung uneingeschränkt zu genehmigen. Am 15. März durfte ich als Vertreter der FGK an der abschliessenden Besprechung der zweitägigen Schlussrevision durch die RPK und die BDO AG teilnehmen. Erneut wurde die Finanzverwaltung für die gute Führung des Finanz- und Rechnungswesens gelobt. An dieser Sitzung hat Stadtammann Andreas Balg zudem für dieses Jahr eine Verbesserung der Ferien- und Überzeitguthabensaldi in Aussicht gestellt, die sich seit Jahren auf unerfreulich hohem Niveau befinden.

Wie im Bericht erwähnt, hat sich die FGK am 4. Juni zu einer ausserordentlichen Besprechung mit dem Stadtammann getroffen. Ziel dieser Sitzung war es, Wege zu finden, wie die Informationspraxis des Stadtrates an das Parlament verbessert werden kann. Auch wenn der Stadtrat nicht bereit ist, den bestehenden Projektplan in naher Zukunft zu einem dynamischeren, aktuelleren und informativeren Informationssystem auszubauen, wie es die FGK vorgeschlagen hat, so können wir dennoch eine Veränderung als positives Resultat dieser Besprechung präsentieren: Der Stadtammann wird ab heute jeweils am Ende der Parlamentssitzung unter dem Traktandum „Informationen aus dem Stadtrat“ über den aktuellen Stand von diversen laufenden Projekten der Stadt Arbon informieren. Einer Forderung der FGK im Rahmen dieser Besprechung möchte ich hier aber nochmals Nachdruck verleihen und richte mich deshalb direkt an Stadtrat Stäheli: Bitte sorgen sie dafür, dass der kommunale Richtplan auf der Webseite der Stadt Arbon eingesehen respektive heruntergeladen werden kann.

Nach dem Rücktritt von Roman Buff aus der FGK und von Werner Keller aus dem Parlament durfte die FGK bei der Behandlung der Rechnung 2012 mit Philipp Hofer und Cyrill Stadler zwei neue kompetente Mitglieder begrüssen. Die FGK dankt Werner Keller und Roman Buff für Ihre wertvolle Arbeit.

Danken möchte ich im Namen der FGK auch dem Stadtrat und der Finanzverwaltung für die offene und zielführende Zusammenarbeit.

Die FGK empfiehlt ihnen einstimmig, dem Antrag des Stadtrats zuzustimmen und den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2012 zu genehmigen sowie den Ertragsüberschuss von Fr. 258'143.36 dem Eigenkapital gutzuschreiben.

Kaspar Hug, CVP/EVP: Als FGK-Mitglied unserer Fraktion präsentierte ich ihnen unsere Stellungnahme zum Eintreten auf den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2012. Wir möchten zuerst dem Stadtrat, der Verwaltung und speziell Mischa Vonlanthen ein Dankeschön sagen für die sehr gute Rechnungsführung und die immerwährende Bereitschaft, die Fragen der FGK offen und sehr kompetent zu beantworten.

Es ist erfreulich, dass die Stadt zum dritten Mal in Folge einen positiven Rechnungsabschluss vorweisen kann und dies bei einem budgetierten Defizit. Erfreulich darf vermerkt werden, dass die Steuereinnahmen um gut Fr. 900'000.-- höher ausgefallen sind als vorgesehen. Zusätzlich kann in einzelnen Positionen der Sparwillke der Verwaltung abgelesen werden. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass grosse geplante Investitionen nicht ausgeführt werden konnten und dadurch selbstverständlich auch eine Reduktion der Abschreibungskosten zur Folge hatte.

Es ist unserer Fraktion aber bewusst, dass die vielen nicht ausgeführten Investitionen nur aufgeschoben wurden. Diese werden zu einem späteren Zeitpunkt anfallen und ein zukünftiges Budget belasten. Ebenso ist nachvollziehbar, dass für die Ausführung aller geplanten Arbeiten die personellen Ressourcen der Verwaltung nie ausreichen werden. Daher wird man in Zukunft gut daran tun, eher weniger Arbeiten zu budgetieren und diese auch auszuführen.

Es ist aber jetzt die geeignete Zeit, um Investitionen vorzunehmen. Das Geld war noch nie so billig wie heute. Es ist mir klar, dass man die Wirtschaftsentwicklung nicht voraussagen kann, auch wenn es Fachleute gibt, die solche Kaffeesatzlese-Fähigkeiten anscheinend haben. Ich meine aber, die wirtschaftlichen Zeichen sind positiv und dies ist im Moment für uns entscheidend.

Die Stadt wird weiter wachsen. Die vielen Neubauwohnungen werden den Steuerertrag weiter ansteigen lassen und uns die Möglichkeiten eröffnen, die grossen Investitionen auch finanziell stemmen zu können. Eines bereitet unserer Fraktion grosse Sorgen – die Kosten der Sozialhilfe. Es ist uns klar, dass mit der Zunahme der Bevölkerung leider auch die Kosten für die Sozialhilfe steigen. Es muss aber festgestellt werden, dass diese Kosten im letzten Jahr massiv über Budget liegen. Unsere Fraktion wird diese Entwicklung speziell im Auge behalten. Wir hoffen, dass man in der zuständigen Verwaltung und Leitung geeignete Gegenmassnahmen finden und anwenden wird.

Grundsätzlich ist für mich eine positive Einstellung zu unserer schönen Stadt und dem Glauben an eine gute Zukunft verbunden mit einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Parlament, Stadtrat und Verwaltung die Basis um einen erfolgreichen Weg in die Zukunft weitergehen zu können. .

Unsere Fraktion unterstützt die Anträge des Stadtrates einstimmig.

Cyrill Stadler, FDP: Als Vertreter der FDP-Fraktion möchte ich noch einige Gedanken ergänzen. Wir werden später an diesem Abend noch einmal zurückkommen auf meine Motion „Integrierter Aufgaben – und Finanzplan (IAFP). Kaspar Hug hat es angesprochen und wir haben es bereits im ersten Votum gehört. Das Auseinanderdividieren von gesetzlich gebundenen Ausgaben und von freiwillig gewählten Ausgaben wird in der Zukunft zentral für uns sein. Es wird auch zentral sein, dies im Zusammenhang im rationellen Betrieb Parlamentsbetrieb diskutieren zu können. Aus diesem Grund mache ich schon einmal einen Verweis auf meine Motion, die wir noch im Anschluss diskutieren werden.

Wir schliessen uns als Fraktion dem Votum der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission an und können alles aus dem Votum von Lukas Graf unterstützen.

Hanspeter Belloni, SVP: Gerne präsentiere ich Ihnen die Stellungnahme der SVP-Fraktion zum Eintreten auf den Jahresbericht und die Jahresrechnung.

Die SVP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat, der Verwaltung und den städtischen Angestellten für die geleistete Arbeit. Der Jahresbericht und die Jahresrechnung präsentieren sich übersichtlich und informativ. Ein spezieller Dank geht erneut an Mischa Vonlanthen für seine Rechnungsführung und seine stetige Bereitschaft, die Fragen der FGK-Mitglieder offen, ehrlich und kompetent zu beantworten.

Die SVP-Fraktion kann sich mehrheitlich dem Bericht der FGK anschliessen. Schliesslich kann sich die Fraktion mittels den zwei Vertretern, Elisabeth Tobler und dem Sprechenden, jederzeit auch aktiv in der FGK einbringen. Die SVP-Fraktion ist erfreut über die finanzielle Leistung der Stadtverwaltung. Nebst den Steuereinnahmen, die insgesamt um Fr. 905'648.-- höher ausfielen als budgetiert, zeigen auch Aufwandsminderungen bei zahlreichen kleineren Posten, dass sich die Verwaltung an die Budgetvorgaben hält. Dies hat das positive Resultat ebenfalls beeinflusst.

Budgetvorgaben sind immer so eine Sache. Bereits vor Ende der ersten Jahreshälfte wird der Budgetprozess für das darauffolgende Jahr ausgelöst. Da werden Planungen vorgenommen, die oftmals wieder über „den Haufen geworfen“ werden müssen. Im laufenden Jahr tauchen Chancen und Risiken auf, die während des Budget-Prozesses einige Monate zuvor so nicht abzusehen waren. Umso erfreulicher ist es dann, wenn trotz dieser Chancen und Risiken eine positive Rechnung ausgewiesen werden kann.

Der SVP ist es ein Bedürfnis, Vizestadtammann Patrick Hug für seine Arbeit als Stadtammann "ad interim" zu danken. Dies wird leider im Jahresbericht mit keinem Wort erwähnt. Ein "Vize" muss zwar immer damit rechnen, dass er unter Umständen einmal für den Chef "in die Hosen" muss, trotzdem war es nicht selbstverständlich, diese Verantwortung zu übernehmen. Vor allem im Wissen, dass unter Umständen eine andere Person als neuer Stadtammann gewählt wird, was ja bekanntlich eingetroffen ist.

Ein besonderes Augenmerk verdienen wiederum die Sozialhilfekosten. Sie sind erneut massiv gestiegen. Dies bereitet der SVP-Fraktion grosse Sorgen. Die Fallzahlen haben von 308 im Jahr 2011 auf 320 bzw. rund 4% zugenommen. Mittlerweilen sind wir in der Sozialhilfe (inkl. Alimentenbevorschussung) von 2,6 Mio. Franken auf fast Fr. 3,3 Mio. angelangt. Das sind Fr. 657'487.-- mehr. Als Vergleich: das ist fast so viel wie bei den Grundstücksgewinnsteuern (Fr. 672'327.10) eingenommen wurde.

Interessant wäre vom zuständigen Stadtrat zu wissen, ob die neue ERFA-Übersicht der 7 grössten Thurgauer Gemeinden bereits vorliegt? Somit wüsste auch das Parlament, wie Arbon bei den Sozialkosten im Vergleich abschneidet und ob Arbon immer noch – wie immer in den letzten Jahren – einsamer Spitzenreiter ist und bleibt.

Ein weiterer, unrühmlicher Punkt für die Stadtverwaltung ist die Umsetzung aus dem Volksentscheid für den Einsatz von Sozialdetektiven vom 11. März 2012. Erst nach erneuter Intervention anlässlich der Parlamentssitzung vom 26. Februar 2013 wurde dieser Volksentscheid vom Stadtrat per 21. Mai 2013 in Kraft gesetzt. Mehr als ein Jahr später.

Aber auch die Ferien- und Überzeitguthaben, wie bereits erwähnt, welche gegenüber dem Vorjahr erneut angestiegen sind, geben der SVP-Fraktion zu denken. Dazu verweisen wir auf den Bericht und die Empfehlungen der RPK vom 15. März 2013.

Städte-Ranking 2013: Immerhin konnte sich die Stadt Arbon bezüglich dem Städte-Ranking, welches in der Bilanz Nr. 09/2013 veröffentlicht wurde um 1 Platz auf Platz 134 verbessern. Zwar immer noch hinter der Stadt Romanshorn (welche neu auf Platz 127 ist), aber vor Amriswil auf Platz 139, das erstmals aufgeführt wird.

Die SVP-Fraktion befürwortet die Anträge von FGK und Stadtrat einstimmig. In der Detailberatung zum Jahresbericht und Jahresrechnung werden wir uns erlauben, noch einige Bemerkungen anzubringen.

Andreas Grubelnik, SP-Gewerkschaften-Juso: Im Namen der Fraktion-SP Gewerkschaften Juso möchte ich dem Stadtrat und der Verwaltung für die Jahresrechnung 2012, den Jahresbericht 2012 und die geleistete Arbeit danken. Der Jahresbericht und die Jahresrechnung präsentieren sich wieder sehr gut, sie sind übersichtlich gestaltet und ansprechend gegliedert und abgefasst. Unsere Fraktion kann sich im Allgemeinen dem Bericht und der FGK und deren Bemerkungen anschliessen. Deshalb möchte ich das Eintreten kurz halten und nur einige wenige, für die SP wichtige Punkte anschneiden. Weitere Kommentare werden in der Detailberatung dann noch folgen.

Die Stadt Arbon legt einen Rechnungsabschluss vor, der um beinahe 1 Mio. Franken besser ausfällt als budgetiert mit einem Überschuss von einer viertel Mio. Franken, jetzt zum dritten Mal hintereinander ausgeglichen oder sogar positiv ausfallend. Dies ist vor allem einer Erhöhung der Steuereinnahmen von Fr. 900000.-- gegenüber Budget zu verdanken. Hier jetzt aber gleich den Schluss zu ziehen, dass die Strategie aufgeht, reiche Steuerzahler mit attraktivem Wohnraum am See nach Arbon zu locken und damit den Steuerertrag zu steigern, ist nicht ganz zulässig. Im Jahresbericht auf Seite 31 kann man nachlesen, dass die Stadt im Vergleich zwischen Zuzügern und Wegzügern sogar an Steuerkraft verloren hat. Dies zeigt, dass die Zuzüger möglicherweise vermögend, deswegen aber nicht automatisch gute Steuerzahler sind. Vermögende ältere Menschen, die nicht mehr im Erwerbsleben stehen, können sich zwar den teuren Wohnraum leisten, erbringen aber keine hohen Steuererträge, da sie als Rentner wesentlich geringere Einkommen versteuern. Da in der Schweiz noch immer vor allem das Einkommen und in wesentlich geringerem Teil das Vermögen versteuert wird, wäre es vielleicht auch sinnvoll, bei der zukünftigen Stadtentwicklung darauf zu achten, zum Beispiel auch für junge Berufstätige mit und ohne Familie attraktiven Wohnraum zu realisieren.

Wie auch schon im letzten Jahr wurden beinahe 6 Mio. Franken weniger investiert als budgetiert, und dies bei einem auf 8 Mio. Franken gestiegenem Investitionsvolumen. Dies entlastet einerseits die Laufende Rechnung, auf der anderen Seite muss man sich allerdings fragen, ob nicht ein wenig zuviel geplant wird und die Verwaltung mit all diesen Projekten überfordert ist. Vielleicht wäre es an der Zeit, einmal realistisch zu prüfen, inwieweit die personellen Ressourcen der Stadt es zulassen, dauernd neue Projekte aufzugleisen, noch bevor bestehende Baustellen wie zum Beispiel Kappeli, Friedhofsgärtnerhaus oder Abfallentsorgungsstelle gelöst respektive beendet sind. Auch unspektakuläre Investitionen wie die Sanierung der Kanalisation verschlingen neben enormen finanziellen Mitteln auch sehr viele personelle Ressourcen.

Vielleicht ist es gar nicht so schlecht, wenn die knappen personellen Möglichkeiten das Investitionsvolumen nicht ausufern lassen. Schon so sind wir bei einem Selbstfinanzierungsgrad von nur noch 49% angelangt, was glücklicherweise momentan wegen der sehr tiefen Schuldzinsen nicht stark ins Gewicht fällt.

Nur kurz will ich hier erwähnen, dass unsere Fraktion hinter der FGK steht und unterstützt, dass inskünftig neue Baurechtsverträge mit wiederkehrenden jährlichen Ausgaben von mehr als Fr. 30.000.-- im Parlament behandelt werden sollen.

Störend empfindet unsere Fraktion, dass der Stadtrat bei gewissen Geschäften nicht gewillt scheint, den Willen des Volkes respektive den Willen des Stadtparlamentes zu respektieren. Beim Friedhofsgärtnerhaus wird eine längst fällige Umsetzung einer Volksabstimmung immer wieder verzögert, bei der Umsetzung der Motion Gimmel das Parlament und auch die FGK immer wieder vertröstet. Letzte Woche hat die FGK zusammen mit dem Stadtammann besprochen, wie sich der Informationsfluss verbessern könnte. In diesem Zusammenhang hat der Herr Stadtammann versprochen, in Zukunft an jeder Parlamentssitzung unter dem Traktandum Informationen aus dem Stadtrat das Parlament und die interessierten Zuhörer über den Stand der laufenden Geschäfte zu informieren. Wir sind gespannt auf seine heutigen Ausführungen.

Wiederum sind die Rückerstattungen in der Sozialhilfe um ca. Fr. 100000.-- gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Dies ist erfreulich und hier von unserer Seite ein herzliches Dankeschön an die Mitarbeiter in der Sozialhilfe. Überhaupt möchte sich die Fraktion bei allen städtischen Angestellten für die geleistete Arbeit bedanken.

Wir befürworten die Anträge des Stadtrates und danken der FGK und ihrem Präsidenten für die geleistete Arbeit und den guten Bericht.

Vizestadtammann Patrick Hug: Für die positiven Voten zu Jahresbericht und Jahresrechnung 2012 möchte ich mich ganz herzlich bedanken. Der Stadtrat ist sehr erfreut, dass es gelungen ist, das Rechnungsergebnis 2012 gegenüber dem Budget um beinahe eine Million Franken zu verbessern.

Dies vor allem auch dank der Tatsache, dass die Stadt Arbon noch nie so viel Steuern eingenommen hat wie im Jahr 2012. Und dank dieser hohen Liquidität mussten 2012 auch keine neuen Darlehen aufgenommen werden. Der Überschuss von rund einer Viertelmillion Franken und die damit verbundene Erhöhung des Eigenkapitals geben dem Stadtrat zusätzlich Luft für die investitions-trächtigen nächsten drei Jahre.

Es freut den Stadtrat natürlich auch, wenn die FGK und auch die SP- und die SVP-Fraktion die finanztechnische Leistung der Stadtverwaltung generell als positiv beurteilen. An dieser Stelle möchte ich mich, auch im Namen des Stadtrates, für die konstruktive Zusammenarbeit mit der FGK bedanken. Für den persönlichen Dank für meine Amtsführung als Stadtammann ad interim, Hanspeter Belloni, möchte ich meinerseits danken.

Zu den Investitionen: Es gibt sehr wohl Gründe, Lukas Graf und Andreas Grubelnik, weshalb die Investitionen weniger hoch als budgetiert ausgefallen sind: Aufgrund beispielsweise der Bauver-zögerung beim Neubau der Dreifachsporthalle nach dem grossen Schadenfall wird die zweite Beitragszahlung in der Höhe von 2,5 Mio. Franken erst in diesem Jahr, also 2013, fällig. Minderinvestitionen waren ansonsten vor allem in den Bereichen Unterhalt Gemeindestrassen und Kanalisation zu verzeichnen, wo sich einzelne Projekte verzögern. Bei diesen Projekten sind wir aber immer auch auf Partnerwerke angewiesen.

Der Stadtrat kann der Empfehlung der RPK entsprechen, wie er im FGK-Bericht nachzulesen ist, dass Baurechtsverträge mit – ich zitiere – "neuen finanziellen, wiederkehrenden Ausgaben" dem Stadtparlament zu unterbreiten seien, auch wenn man in guten Treuen geteilter Meinung sein kann, ob es sich im erwähnten Fall tatsächlich um neue Verträge oder ganz einfach um Vertragsver-längerungen mit höheren Baurechtszinsen handelt.

Erlauben sie mir abschliessend noch einen Ausblick ins Rechnungsjahr 2013. In der laufenden Rechnung ergibt sich ein ähnliches Bild wie in der Rechnung 2012: Per Ende Mai liegen die Steuereinnahmen höher als das bereits sehr ehrgeizig erstellte Budget. Gleicher müssen wir aber leider auch bei der öffentlichen Sozialhilfe konstatieren: Hier liegen die Ausgaben, ebenfalls per Ende Mai, über dem Voranschlag 2013. Da kann ich also keine Entwarnung geben, Kaspar Hug und Hanspeter Belloni. Die Erf-Zahlen liegen aber inzwischen vor. Der Stadtrat wird diese Vergleichszahlen, nicht nur in der Sozialhilfe, sehr genau analysieren und die entsprechenden Schlüsse daraus ziehen. Nun möchte ich noch gerne das Wort an Stadtammann Andreas Balg geben, es wurden noch Projekte und die Informationspraxis des Stadtrates angesprochen.

Stadtammann Andreas Balg: Ich erlaube mir an dieser Stelle noch zwei Punkte vorzuziehen. Besten Dank für die Rückmeldungen. Aufgeschobene Investitionen sind weniger ressourcen-gesteuert, vielmehr ausserordentlichen Ereignissen, bzw. nicht planbaren Vorkommnissen unterlegen und eine Punktlandung wäre reiner Zufall.

Der andere Punkt: der schonende Umgang mit den finanziellen Mitteln und dem hohen Einsatz der städtischen Verwaltung ist es im hohen Masse zu verdanken, dass das Budget so ausgefallen ist. Einen ganz herzlichen Dank an alle Verwaltungsmitarbeiter.

Bezüglich der Information, da habe ich eine Projektliste mitgebracht und kann den Wünschen in diesem Fall entsprechen. Dies stelle ich aber wie gewohnt am Ende der Parlamentssitzung zur Verfügung.

Präsident Remo Bass: Wir schliessen das Eintreten ab und kommen zur materiellen Beratung. In der materiellen Beratung werden wir zuerst den Jahresbericht beraten und darüber abstimmen, anschliessend die Jahresrechnung beraten und ebenfalls abstimmen.

Die Zusammenfassung finden sie auf Seite 3, das Vorwort des Stadtrates bzw. des Stadtammanns auf Seite 5.

Wir beginnen mit der Beratung des Jahresberichts ab Seite 7: Ich werde jeweils die Berichte der einzelnen Ressorts aufrufen.

Wir starten mit dem Bericht des Parlaments Seiten 8 bis 11.

Hanspeter Belloni, SVP: Stadtparlament Seite 8, 2. Abschnitt: Gerne nimmt die SVP-Fraktion die zentrale Rolle des Parlamentes im Zusammenhang mit der Frage der Sozialdetektive zur Kenntnis. Was allerdings Fabio Telatin mit dem Satz "Mit einer Initiative verlangt ein qualifizierter Teil der Bevölkerung eine Änderung" meint, ist der SVP aber noch immer schleierhaft. Mühsam ist es allerdings, wenn man sowohl Energie wie Kosten dafür aufbringen muss, um auch den Stadtrat von dieser guten Sache zu überzeugen. Das gemeinsame Ziel sollte doch sein, dass einer gewissen Klientel die Grenzen aufgezeigt werden und präventiv vorgegangen wird.

Ressort Präsidium, Stadtammann Andreas Balg: Seiten 12 bis 21

Hanspeter Belloni, SVP: Seite 15 Stellenerhöhung 40% im Bereich Sozialhilfe Personalbestand: Der Personalbestand hat von 2008 bis 2012 also inner 5 Jahren um fast 14% (13.9%) zugenommen. Sogar im Kanton fordern die bürgerlichen Parteien - allen voran die FDP mit Kantonsrat Richard Nägeli, jetzt klare Signale.

Wie stellt sich die Stadtführung zu diesem Thema?

Gerne erinnert die SVP-Fraktion den Stadtammann Andreas Balg auch an ein Wahlversprechen, welches er abgegeben hat. Auf die Frage nämlich, welches Ressort sich der Stadtammann-Kandidat Andreas Balg vorstellen könnte, antwortete der heutige Stadtammann: Ich werde mich vor allem dort einbringen, wo es brennt bzw. wo ich gebraucht werde. Die SVP-Fraktion ist der Überzeugung, dass dem Bereich „Soziales“ ein besonderes Augenmerk gelten sollte, damit die Kosten nicht "aus dem Ruder laufen". So wie es in der Antwort auf die Frage der FGK heißt, werden die Fallzahlen weiterhin zunehmen. Dies nicht nur wegen dem Leistungsabbau bei den Sozialversicherungen (ALV, IV), sondern auch in Bezug auf die Zunahme der Einwohnerzahlen. Man könnte fast meinen, dass nur Sozialfälle nach Arbon ziehen.

Seite 17 Verkehrsplanung: In diesem Abschnitt spricht der Stadtrat das Thema Ortsbus für Arbon an. „Ein gut durchdachtes Mobilitätsangebot sei die Voraussetzung für eine hohe Lebensqualität“ so Stadtammann Andreas Balg. Die Erreichbarkeit von Wohn- und Arbeitsort müsse in einem guten Verhältnis stehen. Dieser Meinung kann sich auch die Fraktion anschliessen. Leider kennen aber nur wenige Einwohner das Privileg, in Arbon wohnen und arbeiten zu dürfen. Für die Mehrheit bietet das aktuelle Angebot mit Autobahnzubringer und den Postautokursen bereits ein hohes Mass an Mobilität an. Ob eine noch weit grösere Verbesserung mit den zusätzlich anfallenden Kosten gerechtfertigt ist, ist Gegenstand der Abklärungen der ÖV-Kommission. Was dazu aber noch ein Ortsbus beitragen soll, ist auch einigen anderen Mitgliedern der ÖV-Kommission sowie der ganzen SVP-Fraktion unklar. Zumal der Ortsbus als solches keine zwingende Auflage im Agglomerationsprogramm darstellt.

Seite 18 Grünraumkonzept Arbon: In diesem Abschnitt weist der Stadtrat darauf hin, dass er ein Grünraumkonzept erarbeiten liess. Das Konzept sieht allerlei Massnahmen zum Erhalt und zur Pflege der verschiedenen städtischen Grünanlagen vor. Umso unverständlicher ist es für die SVP-Fraktion, dass der Stadtrat den Bau einer Skateanlage angrenzend an ein Naturschutzgebiet mittels kostenlosen Baurechts auch noch unterstützt. Da hätte doch eher auch die Stadt Einsprache machen müssen. Ich wiederhole mich sehr gerne – die SVP ist nicht gegen eine Skateanlage in Arbon, sondern gegen den sehr unglücklich gewählten Standort.

Präsident Remo Bass:

Ressort Einwohner / Sicherheit: Seite 22 bis 28

Riquet Heller, FDP: Ich spreche zur Sicherheit: Das Ereignis Grossbrand auf dem Areal Saurer Werk2, Seite 25, Spalte Mitte: Sie haben festgestellt beim Durchlesen des Berichtes, es werden unter anderem Klavierstimmungen für Fr. 190.-- und ein neues Office für Fr. 3'300.-- erwähnt und das Arboner Grossereignis im selben Mass gewürdigt. Ich mache sie darauf aufmerksam, dass dies nicht nur einem Journalisten einen Lokalpreis für seine Berichterstattung gebracht hat, sondern dass dies auch das Hauptereignis unserer Gebäudeversicherungsanstalt war. Ich meine deshalb, es soll hier einige Worte zum besonderen Einsatz unserer Feuerwehr gesagt werden, zum Milizsystem, eine ausserordentliche Leistung. Auch die Führungsgremien haben vorbildliche Arbeit geleistet. Ich mache sie darauf aufmerksam, dass dieser Einsatz schweizweit als gutes Beispiel eines Einsatzes einer Milizfeuerwehr bei der Bewältigung eines Grossereignisses eingestuft wird. Indem unsere Parlamentssekretärin dies nun notiert und im Protokoll erscheint, meine ich, dass der Einsatz unserer Feuerwehr bereits genügend gewürdigt wird.

Stadtrat Konrad Brühwiler: Ich nehme diese sehr berechtigte Kritik entgegen. Wir haben morgen wieder Feuerschutzkommissionssitzung. Ich weiss nicht, wie das passieren konnte, dass dieser Bericht nicht im Jahresbericht enthalten ist. Alle Berichte haben ihre Niederschrift gefunden im Jahresbericht, die Feuerwehr leider nicht. Ich bin von Hans Schuhwerk berechtigterweise auf das Fehlen dieses Berichtes aufmerksam gemacht worden. Wir wollen das morgen in der Feuerschutzkommissionssitzung „zbode rede“ und das soll nächstes Jahr nicht mehr passieren, denn auch die Feuerwehr hat ihren verdienten Platz im Jahresbericht, weil sie eine grossartige Arbeit leistet, die sehr beeindruckt.

Präsident Remo Bass:

Ressort Finanzen: Seite 29 bis 31

Hanspeter Belloni, SVP: Seite 30 Grundstückgewinnsteuern / Liegenschaftensteuern: Mit den Mehreinnahmen im Immobilienbereich gilt es nicht ausser Acht zu lassen, dass die bevorstehenden Bauaktivitäten der HRS auch in den kommenden Jahren weiterhin grössere Einnahmen generieren werden. Somit profitiert direkt auch die Stadt, wenn vielleicht in anderen Regionen der Schweiz der Bauboom bereits wieder langsam versiegt. (Wie teilweise bereits wieder zu lesen ist.) Dies sollte sich auch das Parlament vor Augen halten, wenn es um weitere Anträge und Baubewilligungen für HRS-Projekte geht.

Präsident Remo Bass:

Ressort Bau/Freizeit/Sport: Seite 32 bis 40

Hanspeter Belloni, SVP: Seite 37 Märkte: Der Stadtrat weist darauf hin, dass die Weihnachtsausstellung ARWA für viele interessierte Menschen zur Begegnungsstätte in der Vorweihnachtszeit geworden ist. Dies gilt sicher auch für die „Messe am See“, die Arboner Frühlingsausstellung im Seeparksaal. Entsprechend ist der Sprechende gespannt auf die Antwort vom Stadtrat auf die eingereichte „Einfache Anfrage: Kostenloses Parkieren während Arboner Ausstellungen im Seeparksaal“.

Präsident Remo Bass:

Ressort Soziales/Gesellschaft: Seite 41 bis 51

Hanspeter Belloni, SVP: Es ist klar, dass es das Lieblingsthema unter anderem der SVP ist. Seite 42 Sozialdetektive: Die Antwort vom zuständigen Stadtrat wirft bei der SVP-Fraktion grosse Fragen auf. Wie kommt der Stadtrat dazu, beim „Verdacht auf Schwarzeinkommen mit Dealen“ einen Sozialdetektiv einzusetzen? Die Betonung liegt auf der Tatsache, dass „Dealen“ nicht einfach ein „Kavaliersdelikt“ ist, sondern nur schon beim Verdacht unverzüglich die Polizei eingeschaltet werden muss!! „Dealen“ ist ein Offizialdelikt und wird von den Strafbehörden (Polizei und/oder Staatsanwaltschaft) verfolgt.

Die SVP-Fraktion fordert hiermit den zuständigen Stadtrat, Hans-Ulrich Züllig auf, bis zur ersten Parlamentssitzung nach den Sommerferien vom 10. September 2013 folgende Fragen zu beantworten:

1. Wo und wie sind Überwachungen konkret geregelt?
2. Wie interpretiert der Stadtrat die Ergänzung der Gemeindeordnung?
3. Warum gab es nur eine Überwachung?
4. Was für Personen werden konkret für solche Einsätze rekrutiert?
5. Hat in diesem Jahr bereits wieder ein Einsatz stattgefunden?

Seite 48 Dock Arbon: Als erstes muss ich darauf hinweisen, dass die Zahlen bezüglich Anzahl Personen im Dock Arbon nicht stimmen. Es wurden nochmals die Vorjahreszahlen publiziert. Im letzten Jahr hat die SVP-Fraktion darauf aufmerksam gemacht, dass das Sozialamt bei 41 Personen Leistungskürzungen verfügte und bei sieben Personen Leistungen ganz eingestellt werden mussten. Gemäss Anfrage der FKG beim Stadtrat mussten im 2012 im Zusammenhang mit der Dock Arbon gerademal neun Leistungskürzungen ausgesprochen werden. Interessant wäre es vom zuständigen Stadtrat zu wissen, warum diese markante Verbesserung eingetroffen ist. Ist die Bereitschaft, eine Gegenleistung für den Sozialhilfebezug zu bringen besser geworden?

Lukas Graf, Präsident FGK: Eine kleine Korrektur seitens der FGK. Wie im Bericht erwähnt, ist es nicht der Fall, dass im diesjährigen Bericht die Zahlen nicht stimmen, sondern sie stimmten im letztjährigen Bericht nicht. Es mussten nachträglich Anpassungen an der Statistik vorgenommen werden. Die diesjährigen Zahlen stimmen.

Präsident Remo Bass: Wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr sind, haben wir damit den Jahresbericht abgeschlossen. Gibt es Rückkommensanträge?

Wir kommen nun zur Abstimmung des Jahresberichtes. Der Stadtrat beantragt ihnen, den Jahresbericht zu genehmigen. Auch die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission empfiehlt ihnen einstimmig, diesem Antrag zuzustimmen.

://: **Der Jahresbericht 2012 der Stadt Arbon wird einstimmig angenommen.**

Wir kommen zur Beratung der Jahresrechnung 2012 ab Seite 53.

Ich schlage ihnen vor, dass ich die funktionalen Hauptbereiche mit den Kontengruppen bei der Laufenden Rechnung vorlese, ihnen aber genügend Zeit einräume, bei Fragen das einzelne Konto mit der Nummer zu nennen. Ich denke, wir haben uns ja alle gut vorbereitet.

Dann beginnen wir Seite 54 Finanzierungsnachweis:

Laufende Rechung ab Seite 55:

10 Allgemeine Verwaltung:

Präsident Remo Bass:

1011 Gemeinde
1012 Exekutive
1013 Stadtparlament
1020 Gemeindeverwaltung:

Hanspeter Belloni, SVP: Seite 56 Konto 1020.3160 Miete, Benützungskosten: Eine Bemerkung der SVP-Fraktion zu Leasing Multifunktionsgeräte:

Das Verlangen der einzelnen Verwaltungsabteilungen nach höherer Click-Geschwindigkeit und nach mehr Komfort wie Farbe, Scanning und mehreren Papierablagen ist das Eine, den richtigen Lieferanten dafür zu finden ist wohl das Andere.

Ist der zuständige Stadtrat bereit, einmal mit der SSG und der PSG zu sprechen, warum sie den Lieferanten gewechselt haben?

Präsident Remo Bass:

- 1021 EKAS (Sicherheit am Arbeitsplatz)
- 1028 Bauverwaltung
- 1029 Werkhof
- 1030 Leistungen für Pensionierte
- 1090 Verwaltung Liegenschaft Stadthaus
- 1091 Verw. Liegenschaft Kappeli
- 1092 Verw. Liegenschaft Bahnhofstrasse 24

11 Öffentliche Sicherheit:

- 1100 Grundbuch, Mass und Gewicht
- 1101 Einwohnerdienste
- 1102 Amtsvormundschaft / Vormundschaftsammt
- 1103 Schlichtungsstelle für Miete und Pacht
- 1109 Übrige Rechtspflege
- 1113 Polizei
- 1140 Feuerwehr
- 1151 Militär
- 1152 Schiessanlage Tälisberg
- 1160 Zivilschutz (Eigene Anlagen)
- 1162 Zivilschutzorganisation Region Arbon
- 1163 Regionaler Führungsstab (RFS)

13 Kultur und Freizeit:

- 1300 Kulturförderung
- 1308 Seeparksaal (ohne Restaurant)
- 1309 Schloss
- 1310 Denkmalpflege und Heimatschutz
- 1311 Museum
- 1330 Parkanlagen
- 1340 Sportanlagen

Lukas Graf, Präsident FGK: Eine Bemerkung der FGK zu Konto 1340.3160: Wie sie sehen, kostet der neue Baurechtsvertrag mit der Bürgergemeinde für die Sportanlage Stacherholz die Stadt mehr als doppelt so viel als zuvor. Das gleiche gilt für den Baurechtsvertrag Camping, Kt. 1350.3160, wo die Steigerung sogar 300% beträgt. Gestützt auf die Empfehlung der RPK verlangt die FGK vom Stadtrat, dass er derartige Vertragsänderungen in Zukunft als neue Verträge behandelt und solche Geschäfte kompetenzrechtlich korrekt behandelt. Das heisst, mindestens der Vertrag bei der Sportanlage mit neuen wiederkehrenden Ausgaben im Umfang von Fr. 79'946.50 hätte dem Stadtparlament zur Genehmigung unterbreitet werden müssen. Die FGK nimmt auch das vorherige Votum dankend zur Kenntnis, dass der Stadtrat gewillt ist, dies so in die Praxis umzusetzen.

Riquet Heller, FDP: Als Vertreter der Bürgergemeinde, die lange Zeit dort im Verwaltungsrat gewesen ist, möchte ich doch replizieren, dass die Bürgergemeinde einer der vorteilhaftesten Flächengeber der politischen Gemeinde ist. Nach wie vor sind diese entsprechenden Baurechtszinse nicht marktkonform, sondern weit unter den Marktpreisen, sodass vielleicht formell das Argument von Lukas Graf stimmt, aber materiell würden wir diesen Baurechtsverträgen ohne weiteres zustimmen, denn so günstig zu Land kommen wir nirgends wie bei der Bürgergemeinde. Dies in Ergänzung.

Präsident Remo Bass:

- 1341 Schwimmbad
- 1342 Sport
- 1343 Bootshafen
- 1344 Strandbad
- 1350 Camping

1351 Kinderspielplätze
1352 Spiel- und Sportplatz Stachen
1356 Veranstaltungen

14 Gesundheit:

1410 Kranken- und Pflegeheime
1440 Ambulante Krankenpflege
1450 Alkohol- und Drogenmissbrauch
1459 Übrige Krankheitsbekämpfung
1470 Lebensmittelkontrolle

15 Soziale Wohlfahrt:

1500 AHV-Zweigstelle
1520 Krankenversicherung
1540 Jugendschutz
1542 Kinder- und Jugendarbeit
1550 Invalidität
1560 Sozialer Wohnungsbau
1570 Alterssiedlung
1580 Altersfürsorge
1581 Öffentliche Sozialhilfe
1582 Arbeitsamt
1583 Integration von Ausländern
1589 Übrige Sozialhilfe
1590 Hilfsaktionen im Inland
1591 Hilfsaktionen im Ausland

16 Verkehr:

1610 Staatsstrassen
1620 Gemeindestrassen
1621 Parkierungsanlagen / Blaue Zonen
1622 Parkplatzbewirtschaftung
1650 Öffentlicher Verkehr

17 Umwelt und Raumordnung:

1711 Kanalisation
1716 Betrieb Kläranlage
1720 Abfallbeseitigung
1740 Friedhof und Bestattung
1750 Gewässerverbauungen
1770 Naturschutz
1780 Öffentliche WC Anlagen
1781 Fachstelle Umweltschutz
1782 Altlastensanierung
1789 Übriger Umweltschutz
1790 Raumordnung

18 Volkswirtschaft:

1803 Tierseuchenbekämpfung
1804 Gemeindestelle Landwirtschaft
1820 Jagd und Fischerei
1830 Tourismus
1831 Slow Up
1840 Industrie, Gewerbe, Handel
1860 Durchleitungsrechte

19 Finanzen und Steuern:

1900 Gemeindesteuern

1921 Finanzausgleich vom Kanton
1931 Gemeindeanteil an kant. Steuern
1933 Gemeindeanteil an kant. Gebühren
1940 Zinsen und Emissionskosten
1941 Restaurant Seeparksaal
1943 Rebenstrasse 33 (Sonnenblumenhaus)

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Sehr geehrte Damen, liebe Kolleginnen, etwa vor einem halben Jahr habe ich den Bauvorstand gefragt, wie das mit der Vermietung des Sonnenblumenhaus an der Rebenstrasse 33 ist, auch bezüglich der Rathausgasse 1-3. Da wurde versichert, man sei dran, man versuche die Objekte zu vermieten und sei guten Mutes. Ich möchte nun von Reto Stäheli wissen, wie der aktuelle Stand mit der Vermietung beim Sonnenblumenhaus und beim Rathaus ist.

Wenn ich eingangs nur die weibliche Form gewählt habe, sehr geehrte Herren, habe ich das gemacht aus Gründen der Verständlichkeit, weil es unübersichtlich wäre, wenn ich die weibliche und die männliche Form wählen würde. Ich habe jetzt die weibliche Form gewählt im Gegensatz zum Stadtrat, der in diesem ganzen Buch nur die männliche Form aufführt.

Stadtammann Andreas Balg: Wir sind bezüglich bei allen drei Objekten mit unterschiedlichem Vorgehen auf gutem Weg.

Präsident Remo Bass:

1944 Schädlerliegenschaft
1945 Div. Liegenschaften des Finanzvermögens
1946 Rathausgasse 1-3
1948 Feilenstrasse 1 Stachen
1949 Schulstrasse 2, Frasnacht
1950 Restaurant Strandbad
1951 Rondelle
1952 Hamel-Areal
1971 Rückverteilungen
1995 Ausserordentliche Aufwendungen + Erträge
1999 Abschluss der Laufenden Rechnung

Präsident Remo Bass: Damit haben wir die Laufende Rechnung erledigt. Sind Fragen zu den Darstellungen der Seite 90 bis 95?

Dann fahren wir weiter mit der Materiellen Beratung der Investitionsrechnung.

Investitionsrechnung Seite 96: Ich werde wieder gleich vorgehen.

Lukas Graf, Präsident FGK: Ich erlaube mir hier eine noch eine formelle Korrektur des Berichts seitens der FGK: Die Überschrift „Umwelt- und Raumordnung“ auf Seite 11 des Berichts bezieht sich nicht auf alle drei Fragen zur Investitionsrechnung: Die erste Frage gehört natürlich zum Bereich „Kultur und Freizeit“, die zweite sowohl zum Bereich „Verkehr“ als auch „Umwelt- und Raumordnung“ und bei der dritten stimmt der Titel dann vollumfänglich.

10 Allgemeine Verwaltung:

1020 Gemeindeverwaltung
1029 Werkhof
1090 Verwaltungsliegenschaft Stadthaus
1091 Verwaltungsliegenschaft Kappeli

11 Öffentliche Sicherheit:

1140 Feuerwehr
1160 Zivilschutz

13 Kultur und Freizeit:

- 1308 Seeparksaal
- 1309 Schloss
- 1330 Parkanlagen
- 1340 Sportanlagen
- 1341 Schwimmbad
- 1342 Sportstätten
- 1343 Bootshafen
- 1351 Kinderspielplätze

15 Soziale Wohlfahrt:

- 1570 Alterssiedlung

16 Verkehr:

- 1610 Staatsstrassen
- 1620 Gemeindestrassen (neu)
- 1621 Parkierungsanlagen
- 1622 Parkplatzbewirtschaftung
- 1623 Autoabstellplätze
- 1625 Gemeindestrassen
- 1650 Öffentlicher Verkehr

17 Umwelt und Raumordnung:

- 1711 Kanalisation
- 1720 Abfallbeseitigung
- 1740 Friedhof und Bestattung
- 1750 Gewässerverbauungen
- 1782 Altlasten
- 1790 Raumordnung

Seite 109 Bestandesrechnung:

Die Aktiven:

- 10 Finanzvermögen
- 11 Verwaltungsvermögen

Die Passiven:

- 20 Fremdkapital
- 22 Spezialfinanzierung
- 23 Eigenkapital

Geldflussrechnung: Seite 113

Kennzahlen: Seite 114 bis 121

Seite 123 bis 142, den Anhang müssen wir zur Kenntnis nehmen.

Somit kommen wir zur Abstimmung der zwei verbleibenden Anträge des Stadtrates. Ich werde diese getrennt vornehmen, stelle diese Anträge aber noch zur Diskussion, oder stellt jemand einen Rückkommensantrag zur Rechnung?

Stadtamtmann Andreas Balg: Wir haben vorweg nicht auf jede einzelne Frage oder Anmerkung reagiert. Wir nehmen diese zur Kenntnis und da, wo Verbesserungsmöglichkeiten machbar sind, werden sie entsprechend umgesetzt.

Vielen Dank für die vielen Beiträge, insbesondere von Seiten der SVP.

Präsident Remo Bass: Die Jahresrechnung 2012, bestehend aus der Bestandesrechnung und der Verwaltungsrechnung (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung), sei zu genehmigen.

://: **Dem Antrag des Stadtrates, Genehmigung der Jahresrechnung 2012, wird einstimmig zugestimmt.**

Wir kommen zum Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung 2012 von Fr. 258'143.36, er sei dem Eigenkapital gutzuschreiben.

://: **Der Antrag des Stadtrates, den Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung 2012 von Fr. 258'143.36 dem Eigenkapital gutzuschreiben, wird einstimmig genehmigt.**

Gemäss Art. 35 der Gemeindeordnung der Stadt Arbon untersteht dieser Beschluss dem fakultativen Referendum bzw. dem Behördenreferendum. Die Referendumsfrist beträgt 30 Tage vom Tage der Bekanntmachung der Beschlüsse an gerechnet. Wird das Referendum nicht ergriffen, sind die Beschlüsse rechtsgültig. Ich frage sie an, ob jemand das Behördenreferendum ergreifen möchte?

Ich bedanke mich beim Präsidenten Lukas Graf und bei allen übrigen FGK-Mitgliedern für die gute und seriöse Arbeit.

3. Motion betreffend „Einführung Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP)

Beantwortung, Diskussion, Beschlussfassung

Präsident Remo Bass: Am 4. Dezember 2012 ist diese Motion von Cyrill Stadler, FDP und 15 Mitunterzeichnenden eingereicht und vom Stadtrat beantwortet worden. Er empfiehlt die Motion als nicht erheblich zu erklären.

Zum Vorgehen: Wir werden gemäss Art. 44 des Geschäftsreglements zuerst über die Erheblichkeit der Motion beraten und anschliessend allenfalls über die Zuweisung an eine Kommission oder den Stadtrat entscheiden.

Ich eröffne die Diskussion. Das Wort hat zuerst der Motionär.

Cyrill Stadler, FDP: Ich danke dem Stadtrat für das Verfassen der Antwort – oder eigentlich müsste ich eher formulieren Kampfschrift – auf meine Motion zur Einführung eines Integrierten Aufgaben- und Finanzplanes sowie der Einführung der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung. Ich glaube, es gibt da ein grosses Missverständnis. Ich will der Verwaltung keinen immensen Arbeitsaufwand zumuten. Was ich erreichen möchte, ist ganz zentral und einfach:

Mein Anliegen ist, die Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung, dem Stadtrat, dem Parlament und den Kommissionen in bessere Bahnen lenken. Was wir in diesem Saal jeden Monat leisten, ist in meinen Augen nicht mehr zielgerichtet. Wir parlieren hier immer mehr, als wären wir ein erweitertes Stadtratsgremium. Wir sind die kommunale Legislative und nicht ein erweitertes Exekutivorgan.

Seit ich im Parlament dabei bin, haben sich viele Diskussionen um Punkte gedreht, die im Stadtrat entschieden werden müssen. Viele einfache Anfragen, ich erinnere mich auch konkret an einen Vorstoss von Peter Gubser betreffend Legislaturzielen des Stadtrates mit 39 Fragen, haben sich genau darum, ich ergänze: berechtigter Weise ergeben, weil die Abgrenzung zwischen Exekutive und Legislative und Verwaltung nicht mehr sauber gemacht wurde.

Was passiert, wenn sie meine Motion für erheblich erklären?

Der Stadtrat wird eine Botschaft zur Umsetzung derselben dem Parlament vorlegen. Ich empfehle, und das können sie als Versprechen unserer gesamten Fraktion nehmen, dass wir eine vorberatende Kommission zu der Umsetzung fordern werden. In dieser vorberatenden Kommission (vielleicht auch die FGK selbst) können die Modalitäten betreffend meinem Konzept diskutiert, abgesprochen und verabschiedet werden – bis dahin haben wir der Verwaltung noch sehr bescheidenen Aufwand

generiert. Wir haben uns als Parlament schon mal auf einem uns zugesuchten Feld betätigt. Es wird also zu einem späteren Zeitpunkt nochmals über den Umfang und die Modalitäten gesprochen. Meine Motion sieht auch kein Einführungsdatum vor, noch ist ein IAFP oder eine wirkungsorientierte Verwaltungsführung ein vordefiniertes Konzept. Es lässt vieles offen, so zum Beispiel:

- Soll ein Globalbudget oder Einzelkonti diskutiert werden. Es ist beides möglich. Gossau beispielweise führt nach wie vor Einzelkonti, hat aber einen sehr gut aufbereiteten integrierten Aufgaben- und Finanzplan.
- Der Einführungszeitpunkt: Im Gegensatz zum Stadtrat sehe ich die Einführung vom harmonisierten Rechnungslegungsmodell 2 vielleicht sogar als Sollbruchstelle. Zu diesem Zeitpunkt werden wir gezwungen sein, den Kontoplan zu ändern und einzelne Konti anders zu führen.
- Welche Bausteine verwenden wir, welche verwenden wir nicht, ist offen.
- Die Verwaltung kann uns aufzeigen, welche Instrumente ohnehin schon vorhanden sind. Wir haben in Arbon einen sehr hohen Standard in der Verwaltung. Viele Dokumente, die es für einen IAFP oder für wirkungsorientierte Verwaltung braucht, sind vorhanden, sie müssen nur anders gebündelt werden.
- Wo entsteht wirklich Aufwand, wo nicht, kann uns die Kommissionsarbeit zeigen.
- Wir können auch erarbeiten, wo liegen gesetzlich gebundene Aufgaben in unserem Budget und in unserer Rechnung begraben und wo sind es freiwillig gewählte Aufgaben der Stadt.

Was passiert, wenn sie meine Motion für nicht erheblich erklären, wie dies der Stadtrat empfiehlt? Es passiert gar nichts. Es bleibt alles so, wie es ist. Wir spielen hier weiter erweiterter Stadtrat und beschweren uns laufend darüber, dass uns Informationen da und dort fehlen, der Stadtrat ist über die Parlamentsarbeit enttäuscht und vice versa, natürlich, mit all den Vorteilen für Pseudoprofilierungsvoten und vierjährigen Wahlkampf-Blockierungsmöglichkeiten aus allen politischen Lagern, uns eingeschlossen. Sie alle, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, haben darauf vermutlich wenig Lust und ich auch nicht. Dieselbe Aufgabe trifft auch, so schätze ich zumindest, auch auf den Stadtrat zu.

Ich bitte sie, erklären sie meine Motion für erheblich. Die kommenden Schritte liegen gemeinsam in unserer Hand. Meine Motion verlangt nichts, was in Stein gemeisselt ist und ich habe ihnen einen Weg aufgezeigt, wie wir als Parlament, Stadtrat und Verwaltung gemeinsam Arbon weiter bringen können. Wir sind Lokalpolitiker und an einer gemeinsamen Entwicklung interessiert, lasst uns einen Schritt weiter gehen. Stadtrat, Parlament und Verwaltung müssten an einem IAFP und an einer wirkungsorientierten Verwaltungsführung hohes Interesse haben, aufgrund der gebotenen Transparenz und der qualitativ besseren Zusammenarbeitsmöglichkeit.

Meine Motion ist als Stärkung gedacht:

- für die Verwaltung
- für den Stadtrat
- für das Parlament
- für unsere lokale Politik.

Hanspeter Belloni, SVP: Die SVP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für die Beantwortung der Motion von Cyrill Stadler zur Einführung eines IAFP.

Obwohl die SVP-Fraktion nicht mit allen Erwägungen über Vorteile und Nachteile mit dem Stadtrat einverstanden ist, unterstützt die Fraktion mehrheitlich den Antrag vom Stadtrat, die Motion als nicht erheblich zu erklären.

Begründung: Am Info-Anlass vom 10. Juni 2013, organisiert durch Cyrill Stadler, konnte leider nur ein ganz kleiner Teil der Parlamentarier aus erster Hand vom Finanzchef der Stadt Gossau, Heinz Loretini, erfahren, was hinter einem IAFP steckt und wie viel Aufwand für die Erstellung eines solchen Planes notwendig ist. Außerdem wurden Fragen direkt aus erster Hand von einem IAFP-Spezialisten beantwortet.

Vermutlich war die Einladung zu kurzfristig, kollidierte auch mit anderen, interessanten Anlässen wie derjenige der Arbeitgebervereinigung in Roggwil oder der Hauptversammlung der CVP. Oder aber

die Materie überfordert einen Grossteil der Parlamentarier, wie es auch in anderen Städten der Fall ist.

Gossau hat rund 18'000 Einwohner und erstmals wurde das Budget 2011 in Form eines "integrierten Aufgaben- und Finanzplans (IAFP)" vorgelegt.

Vier Jahre waren notwendig, um einen solchen Plan zu erstellen und die insgesamt 58 Aufgaben zu definieren. Heute sind das Gossauer Parlament und der Stadtrat von Gossau vom IAFP überzeugt. Der Vorschlag für einen IAFP kam damals vom Stadtrat bzw. vom Finanzchef Heinz Loretini.

Für Arbon wäre von Vorteil, dass eine so grosse Vorarbeit wie sie Gossau erbringen musste, nicht nochmals geleistet werden müsste. Gossau offeriert uns eine entsprechende Unterstützung. Der ganze Plan (auf Excel-Basis) könnte übernommen werden und die Aufgaben müssten auf Arboner Verhältnisse angepasst werden.

Persönlich finde ich dieses Instrument als fortschrittlich und innovativ. Dieser Finanzplan ist ein ideales Mittel in Phasen mit überdurchschnittlich hohen Investitionen, was ja bekanntlich in den kommenden Jahren der Fall sein wird. Dies bestätigt auch der über 50-seitige Leitfaden, welchen die Universität St. Gallen unter dem Titel "Politik mit Weitblick" aus dem Jahr 2010 erstellt hat.

Für einen IAFP gibt es aber auch verschiedene Betrachtungsweisen. Folgende Punkte gilt es zu beachten:

1. Anstelle der reinen, finanziellen Perspektive (Budget) wird mit dem IAPF eine aufgabenorientierte Sicht in die mittelfristige Planung mit einbezogen.
2. Für das Parlament wird mit der IAFP eine Steuerungsmöglichkeit geschaffen, die weit wirkungsvoller ist als die schlichte, jährliche Budgetierung.
3. Im Gegensatz zu heute, wo das Parlament ein Legislaturprogramm nur zur Kenntnis nimmt, würde das Parlament dann die Legislatur- und Finanzplanung (mit dem vordefinierten Aufgabenplan) genehmigen und das Jahresbudget nur noch zur Kenntnis nehmen. Man könnte hier auch fast von einem Globalbudget sprechen.
4. Der IAFP ist ein Management-Programm für die Regierung & Verwaltung.
5. Eine höhere Komplexität kann bei Parlamentariern zu einer Abwehrhaltung führen. Einzelne Fraktionsmitglieder würden zu "Spezialisten für gewisse Aufgaben" delegiert.
6. Am Beispiel von Gossau ist der IAFP für 2013-2017 212 Seiten lang und 660 Gramm schwer.
7. Die volle Wirkung eines IAFP wird sich nur entfalten können, wenn er von Politik **und** Verwaltung nicht mehr als etwas "Fremdes/Neues", sondern als etwas Selbstverständliches und Vertrautes wahrgenommen wird.

Aktuell zeichnet sich nach vier Monaten im städtischen Haushalt von Gossau ein Defizit von über 5 Mio. Franken ab. Budgetiert gewesen war ursprünglich ein Minus von 1,2 Mio. Franken. Nach Ablehnung der Steuerfusserhöhung stieg die Prognose auf 2,7 Mio Franken. Und jetzt wird also ein doppelt so hohes Defizit erwartet.

Warum ich ihnen das sage? Nun, da in Gossau nur noch teilweise über ein Budget diskutiert wird, sitzen nun 28 ausgewählte Personen aus Gossau und Arnegg zusammen und überprüfen unter Anleitung der Spezialisten der St. Galler Firma Malik Management die "Aufgaben und Leistungen" der Gossauer Stadtverwaltung.

Dies ist der Ausfluss eines IAFP. Entsprechend beneide ich die "28 Aufrechten" nicht um ihre Aufgabe. Vor dem Hintergrund der aktuellen Defizitprognose ist sie sicher nicht einfacher geworden. Vielmehr arbeiten die 28 Weisen an der Quadratur des Kreises...

Schlussbemerkung: Die SVP-Fraktion ist mehrheitlich der Auffassung, dass der Input für einen IAFP vom Stadtrat kommen sollte. Nur wenn der Stadtrat und die Verwaltung geschlossen hinter diesem noch jungen Planinstrument stehen, wird er auch zum Erfolg führen. Außerdem ist die SVP-Fraktion der Auffassung, dass aufgrund der aktuellen Situation Stadtrat und Verwaltung genug "am Hals" haben.

Weiter wird der Kanton Thurgau im Jahr 2016 das neue Rechnungsmodell HRM2 einführen.

Ein IAFP würde – gemäss Aussage von Heinz Loretini - dieser neuen Rechnungslegung zwar nicht im Wege stehen, aber die Einführung eines IAFP würde ev. auch erst Sinn machen, wenn man weiss, welche Version des neuen Rechnungsmodells überhaupt eingeführt wird.

Was viele von ihnen vermutlich nicht wissen ist, dass das neue Rechnungsmodell HRM2 verschieden ausgelegt werden kann. „HRM2 light“ orientiert sich an den rein finanzpolitischen Bedürfnissen, während das „HRM2 Original“ eine transparente und den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechende Darstellung ins Zentrum stellt.

Welche Version eingeführt wird, darüber wird zum Beispiel im Kanton St. Gallen bereits intensiv diskutiert.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Das Ziel, das Cyril Stadler hier formuliert hat, eine bessere Zusammenarbeit von Stadtrat, Verwaltung und Parlament, ein weiteres Ziel, effektiver arbeiten zu können, zielgerichteter zu arbeiten, sind Ziele, hinter denen SP-Gewerkschaften-Juso-Fraktion auch steht. Es ist dir aber, Cyril Stadler, nicht gelungen, mit deinem Vorstoss und auch mit deinem heutigen Votum, uns davon zu überzeugen, dass mit dieser neuen wirkungsorientierten Verwaltung dieses Ziel erreicht wird. Wenn wir die Reaktion sehen von Stadtrat und Verwaltung auf diesen Vorstoss, dann glauben wir nicht, dass wir mit den aufgezwungenen Änderungen der bisherigen Praxis durch das Parlament, entgegen dem Willen des Stadtrates und Verwaltung, eine Verbesserung erreichen.

So schrittweise vorzugehen und das einmal in eine Kommission zu bringen, das geht nicht auf Grund der Motion. Der Motionstext ist klar: „Der Stadtrat wird beauftragt, das Instrument eines Integrierten Aufgaben- und Finanzplanes einzuführen und auf das Konzept der Wirkungsorientierten Verwaltung (WoV) umzustellen.“

Das ist ein klarer Auftrag und wir haben über diesen klaren Auftrag heute abzustimmen, nicht ob man jetzt in einer Kommission genauer prüfen sollte, wie das funktionieren könnte. Darum ist eine grosse Mehrheit unserer Fraktion nicht bereit, diese Motion zu unterstützen.

Philipp Hofer, CVP: Die CVP/EVP-Fraktion ist grundsätzlich der Meinung, dass sich der heutige Ablauf des Budgetprozesses bewährt hat. Es gibt unseres Erachtens keinen Grund, den Prozess und die Arbeitsweise zwischen Stadtparlament und Stadtrat bei der Budgetierung zu verändern.

Mit folgenden Punkten möchte ich nochmals versuchen, darauf einzugehen, weshalb die CVP/EVP-Fraktion gegen die Einführung des Integrierten Aufgaben- und Finanzplanes ist, und weniger auf die grundsätzliche Diskussion einzugehen, ob jetzt das Stadtparlament effizient und effektiv arbeitet.

- Nutzen: Es ist höchst zweifelhaft, ob für eine Stadt in der Grössenordnung von Arbon ein integrierter Aufgaben- und Finanzplan das passende Instrument darstellt. Wie wir aus der Botschaft entnehmen können, wären wir mit der Umsetzung des Konzepts der Wirkungsorientierten Verwaltung im Kanton Thurgau ein Einzelfall.
- Mitspracherecht: Wollen wir wirklich die bewährte Diskussions- und Mitsprachekultur im Stadtparlament über einzelne Budgetpositionen zugunsten des IAFP aufgeben? Ist das im Sinn und Geist unseres Stadtparlamentes, im Sinne eines kritischen Gremiums auf Augenhöhe mit dem Stadtrat?
- Kosten/Aufwand, welches auch Hanspeter Belloni angesprochen hat: Die einschneidenden Anpassungen in allen Abläufen inklusive Anpassungen der Gemeindeordnung, der Stellenbeschreibungen oder der Finanzbefugnisse sind nicht zu unterschätzen. Zudem ist viel Schulungsbedarf und grosse Überzeugungsarbeit zu leisten. Beim Instrument des IAFP handelt es sich nicht lediglich um ein „Finanz-Projekt“, stattdessen um ein Projekt, das die ganze Verwaltung betrifft. Es wird also ein riesiger Aufwand generiert, welcher zusätzlich zu den laufenden Projekten gestemmt werden müsste.

- Dann hat auch schon Hanspeter Belloni HRM2 angesprochen: Die Umstellung und Einführung des neuen harmonisierten Rechnungsmodells HRM2 ist für die Stadt Arbon auf das Jahr 2016 vorgesehen. Da erscheint es uns als höchst fragwürdig, zwei neue Denkweisen nebeneinander innerhalb kürzester Zeit zu implementieren.

Hand aufs Herz: Wer hat das ganze „Buch“ mit über 200 Seiten zum integrierten Finanz- und Aufgabenplan der Stadt Gossau 2013-2017 gelesen? Macht das tatsächlich Sinn? Ich denke wir haben heute einen gut funktionierenden Budgetierungsprozess und sollten unsere finanziellen Ressourcen dort investieren, wo der Schuh drückt - in die Finanzierung und Realisierung der anstehenden Projekte. Aus diesen Gründen ist die CVP/EVP-Fraktion einstimmig nicht für Erheblich-Erklärung dieser Motion.

Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich kann mich hier dem Votum meiner Fraktion nicht anschliessen. Ich glaube, es wäre für die Stadt Arbon mittelfristig sinnvoll, den IAFP einzuführen, in einer kleineren abgespeckten Form, wie Gossau. Wir hätten dann viel mehr Informationen, es wäre transparenter. Ich glaube, das Informationsbedürfnis der Stadt, des Parlamentes, das jetzt oft das Thema ist, wäre dann grösstenteils gestillt. Wir würden über Aufgaben und Ziele reden, Zielerreichung auch qualitativer Ziele, über die wir momentan überhaupt nicht reden.

Gossau macht das nicht mit dem Globalbudget. Die Stadt geht von falschen Fakten aus, sie reden von Software, von Globalbudget. Man muss auch sehen, dass wir jetzt zu jedem Konto noch irgend etwas sagen können, zum Teil auch absolut parteipolitische Dinge, die überhaupt nicht finanztechnischer Natur sind. Das ist nicht nötig. Wir würden dann nur noch darüber reden, wo wir auch mitreden können und wir auch Einfluss haben. Diesbezüglich hätten wir viel mehr Informationen und auch eine viel bessere Grundlage für Fragen an den Stadtrat. Nur weil wir jetzt zu jedem Konto etwas sagen können, heisst es noch lange nicht, dass wir darauf Einfluss haben, wenn es sich um gesetzlich gebundene Ausgaben handelt.

Stadtrat:

Roman Buff, CVP/EVP: Ich war leider auch als einziger von der Fraktion dank der Einladung, die sehr kurzfristig gekommen ist, an dieser Veranstaltung. Ohne diese Grundlagen gut studiert zu haben, kann man nicht entscheiden. Das ist das Eine und das Zweite, ich habe es dort schon gesagt, der Motionskontext und da muss ich Peter Gubser Recht geben, ist ziemlich eindeutig. Der Stadtrat hat das auszuführen, hin oder her, ob das eine Kommission oder er selber macht.

Unter der Annahme, dass das, was ich bis jetzt gehört habe, für nicht erheblich erklärt wird, ist dieses Instrument dennoch nicht gestorben. Man muss es nochmals diskutieren, die Grundlagen einfach fester setzen. Ich habe aber eine andere Anregung: Unter der Annahme, der Prozess laufe jetzt so weiter wie bisher, möchte ich den Stadtrat ermuntern oder ihm sogar empfehlen, dass er bei der nächsten Vorlage des Budgets, auch der Rechnung, die gebundenen Aufgaben so deutlich markiert, dass auch die FGK und auch wir einfachen Parlamentarier sehen, was gebunden oder nicht gebunden ist. Damit wäre eine gewisse Effizienz oder eine gewisse Vereinfachung der Abläufe gewährleistet.

Silke Sutter Heer, FDP: Eines fällt auf, alle, die an der Information waren, sind überzeugt von dem Konzept IAFP, haben sich an diesem Abend informieren lassen und sind wirklich hinausgegangen und hatten den Eindruck, das wäre ein taugliches Arbeitsinstrument für uns hier in Arbon.

Was mich persönlich, die ich eher Laie bin, wie Hanspeter Belloni und Cyril Stadler, sehr beeindruckt hat, ist, dass es Aufgabenblätter gibt und auf diesen definierten Aufgabenblättern eine einzelne Aufgabe steht, jeweils die gesamten Einnahmen und Ausgaben aufgeführt sind. Die Ausgaben und Einnahmen sind ersichtlich über alle Konten hinweg. Ich kann mir also für diese Aufgabe einen Überblick verschaffen. Ich bin deshalb auch der Meinung, wenn nur Einzelkonten geführt werden, im übrigen in Gossau immer noch geführt werden, ist es auch nicht möglich, gebundene Ausgaben von nicht gebundenen Ausgaben klar zu trennen, weil es natürlich in einzelnen Konti sowohl als auch gibt und damit diese Trennung, so sauber wie es auf diesen Aufgabenblättern auch ist, nicht gemacht werden kann. Ich meine, das aber so verstanden zu haben, bin mir aber nicht sicher und es müsste fundiert abgeklärt werden.

Ich bin aber wirklich überzeugt gewesen nach diesem Abend, dass es für uns Parlamentsmitglieder und auch für den Stadtrat ein sehr, sehr taugliches Instrument wäre, um uns einmal Gedanken auch über die Aufgabenstellungen, die Wirksamkeit unserer Ausgaben zu machen.

Cyrill Stadler, FDP: Ich möchte auf einen Punkt zurückkommen. Peter Gubser hat erwähnt, dass der Weg über die Kommission mit der Formulierung und der Motion unmöglich ist. Ich denke, wenn die Motion für Erheblich erklärt würde, wäre es am Stadtrat, eine Botschaft auszuarbeiten. Da kann sehr wohl die Möglichkeit gesehen werden, dass nachher das in einer Kommission diskutiert und beraten würde, was von dieser Botschaft wirklich zentral und wichtig ist.

Stadtammann Andreas Balg: Besten Dank an Cyrill Stadler für die zukunftsweisende Motion. Worum geht es allen, was verbindet uns in dieser Sache?

- es geht um die weitere Optimierung der Zusammenarbeit zwischen ihnen, dem Parlament und uns, dem Stadtrat

- es geht auch um die Weiterentwicklung der Verwaltungsprozesse und der dazugehörigen Werkzeuge, ob IAFP oder eine andere Methode steht dabei auch nicht so sehr im Vordergrund.

Beides sind laufende Prozesse, die in grösseren Abständen auch deutlichere Entwicklungsschritte machen dürfen und vom Stadtrat auch nicht in Frage gestellt werden. Vielmehr haben wir grösstes Interesse, auch hier Fortschritte zu machen.

Sie alle wissen nur zu gut, was wir aktuell in Arbon bewegen. Das seit Jahren überdurchschnittliche Investitionsvolumen, die vielen Projekte sind eine grosse Herausforderung und teilweise auch eine Überforderung der Bevölkerung, des Parlaments, des Stadtrats und der Verwaltung.

Wir haben auch heute ein gut funktionierendes System.

Die Zusammenarbeit zwischen ihnen und uns ist aktuell in verschiedenen vertiefenden Gesprächen ein Thema und ich erinnere an ihr Informationsbedürfnis und an ihren Wunsch, in verschiedenen Themen mehr mitwirken zu können.

Zum richtigen Zeitpunkt die richtigen Massnahmen. Gerne behalten wir dieses Thema pendent und kommen von uns aus so bald als möglich darauf zurück. Ich bitte sie diese Motion als nicht erheblich zu erklären.

Präsident Remo Bass: Sind keine weiteren Wortmeldungen, ist die Diskussion somit beendet. Wir kommen zur Abstimmung.

://: **Die Motion betreffend „Einführung Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) wird mit 16 zu 8 Stimmen bei 4. Enthaltungen als nicht erheblich erklärt.**

Der Vorstoss gilt damit als erledigt.

4. Motion betreffend „Schaffung einer Fachkommission Verkehr“ Beantwortung, Diskussion, Beschlussfassung

Präsident Remo Bass: Am 4. Dezember 2012 ist diese Motion von Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso und 20 Mitunterzeichnenden eingereicht und vom Stadtrat beantwortet worden. Er empfiehlt die Motion als erheblich zu erklären.

Ich eröffne die Diskussion. Das Wort hat zuerst der Motionär.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften Juso: Ich danke dem Stadtrat für die positive Beantwortung meiner Motion. Ich war sehr erfreut über diese positive Beantwortung. Ich kenne die mögliche Arbeit einer Verkehrskommission sehr gut. Ich hatte das Vergnügen, oder auch manchmal die Bürde, während rund sechs Jahren die Verkehrskommission der Ortsverwaltung Arbon zu präsidieren. Bei der alten Gemeindeorganisation mit Ortsverwaltung und Gemeinderat gab es, so viel ich weiss, schon sehr lange diese Verkehrskommission. Die Verkehrskommission war ein Bindeglied gewissermassen zwischen Verwaltung und Bevölkerung, oder zwischen Behörde und Bevölkerung. Wenn die Bevölkerung Anliegen hatte betreffend Verkehrsberuhigungsmassnahmen, Hinweise auf Verkehrsprobleme, dann gelangte sie an die Verkehrskommission. Die Verkehrskommission suchte das Gespräch mit allen Beteiligten und versuchte dann das Problem einer allseits akzeptablen Lösung zuzuführen.

Das hat nach meinem Dafürhalten und nach dem Dafürhalten vieler der damals Beteiligten sehr gut funktioniert. Mit der Umorganisation der Gemeinde ist diese Verkehrskommission unter den Tisch gefallen. Dann gab es im Jahre 2004 einen Vorstoss im Stadtparlament zur Wiedereinführung der Verkehrskommission. Nach diesem Vorstoss ist diese Kommission eingeführt worden und jetzt vom Stadtrat, am Ende der letzten Amtsperiode 2011, wieder fallengelassen worden.

Ich fand das von Anbeginn an schade und meine, es wäre ein gutes Mittel, um die Leute mit einzubeziehen, um den Leuten eine Ansprechstation zu geben, um die Diskussion über Verkehrsmassnahmen so in gute, geordnete Bahnen zu bringen. Von daher bin ich sehr befriedigt über die Antwort des Stadtrates und hoffe, dass auch das Parlament der Wiedereinführung dieser Verkehrskommission zustimmt.

Tobias Zürcher, FDP: Was ist der Nutzen einer Fachkommission für Verkehr? Da bereits beim aktuellen Vorgehen alle relevanten Fachleute mit einbezogen werden, bringt eine Einsetzung einer Fachkommission für Verkehr nur eine Verlängerung des bisherigen Prozesses. Deshalb ist aus meiner Sicht der Nutzen einer Fachkommission Verkehr sehr gering und rechtfertigt keineswegs die finanziellen, zeitlichen und personellen Ressourcen. Die Überflüssigkeit einer solchen Fachkommission spiegelt sich schon darin, dass die 2005 einberufene Fachkommission für Stadtentwicklung und Verkehr im Jahr 2011 aufgrund Aufgabenmangel und mangelnder Unterstützungsmöglichkeiten abgeschafft wurde.

Aus diesem Grund empfiehlt eine Mehrheit der FDP, die Motion als nicht erheblich zu erklären.

Heinz Gygax, SVP: Für die Fraktion der SVP ist es ein sehr wichtiges Anliegen, dass die Basis, also die Bürgerinnen und Bürger, bei Verkehrsfragen vermehrt mitreden kann. Mit der Fachkommission Verkehr können in Zukunft Probleme, wie sie sich zum Beispiel beim Fahrradverkehr, den Bushaltestellen, bei Anliegen der älteren Generation usw. ergeben, besser erkannt und vermieden werden.

Wir unterstützen die Forderungen des Motionärs Peter Gubser, wonach auch Volksvertreter aus dem Parlament in der Kommission vertreten sein sollten. Die lobenswerte Absicht des Stadtrates, bei wichtigen Verkehrsfragen regelmässig zu informieren, betrachten wir als unerlässlichen Dienst an der Bevölkerung. Die Führung der Kommission sehen wir mit Vorteil in den Händen des Stadtrates.

Die Fraktion der SVP unterstützt diese Vorlage einstimmig.

Roman Buff, CVP/EVP: Ich kann es kurz machen. Wir sind auch einstimmig für die Einsetzung einer Verkehrskommission und können uns den SVP Argumenten voll anschliessen.

Riquet Heller, FDP: Ich stelle fest, die Kommissionitis herrscht und wir möchten gerne eine weitere Kommission. Sie stellen fest, dass moderne Verwaltungsführung nicht darauf beruht, dass man Informationsveranstaltungen macht, wo man, wie wir selbst erlebt haben, nicht viele Leute kommen, obwohl es sehr gute Referenten sind.

Wir stellen fest, dass Kommissionen fest sind, wo feste Körperschaft vorhanden ist, sich für regionale Probleme, in Stächen draussen, oder für Velofahrer oder für die Altstadt nicht besonders interessiert. Modere Verwaltungen, moderne Kommunikation beinhaltet, was die Stadt begrüssenswert immer mehr macht, Workshops, wo man sich unmittelbar eingibt, dort ist man dabei. Bei einer Kommission, die Probleme in Stächen, die Probleme von Velofahrern beurteilt und dann kein Velofahrer dabei ist und niemand aus Stächen, die ist fehl am Platz und eine Veranstaltung alten Rechtes. Ich bitte sie, dem Vorschlag unserer Fraktion zuzustimmen und hier keine Belastung mit einer weiteren Kommission zu bewirken.

Cyrill Stadler, FDP: Es liegt auf der Hand, ich muss das einfach sagen, wir schaffen hier wieder ein Gremium, das sich so ein bisschen erweiterter Stadtrat-Exekutivties oder irgendetwas betreibt - so ein Zwischending, unmögliche Konstellation, damit wird man nicht schneller, besser mit grösserer Qualität. Da wird man langsamer, komplizierter und es geht nicht mehr so schnell vorwärts, wie es vorwärts gehen muss. Die Kommission in diesem Bereich erachte ich als überflüssig.

Elisabeth Tobler, SVP: Ich bin da ganz anderer Ansicht, als Cyrill Stadler. Ich vermisste diese Kommission eigentlich. Das hat man bei der NLK gesehen, dass es hilfreich gewesen wäre, wenn die Sachen durch die Kommission durchgegangen wären, wäre vielleicht jetzt bereits für die Velofahrer ein besserer Weg über den neuen Kreisel gemacht worden, und bei der Bushaltestelle beim Stahelplatz hätte man sich vielleicht auch auf eine andere Lösung spezialisieren können. Ich finde es gut, wenn eine Verkehrskommission ernannt wird. Es wäre aber wichtig, dass dann die Bauverwaltung entsprechend diese Kommission auch anruft und die Projekte, die man hat betreffend Strassen diese Kommission auch mit einbezogen wird, aktiv und nicht einfach nur dann, wenn man eine Anfrage erhält, vielleicht diese dann der Kommission per Zufall weitergegeben wird. Es sollte eine Zusammenarbeit zwischen der Bauverwaltung und dieser Kommission sein und ich denke, zu Cyrill Stadler nochmals, es ist nicht Kommissionitis sondern dann wird der Wille der Bevölkerung umgesetzt und der Stadtrat und die Verwaltung sollten ein Dienstleistungsbetrieb sein für die Bevölkerung und nicht einfach etwas so schnell wie möglich zu realisieren. Schnell ist nicht immer besser

Stadtamtmann Andreas Balg: So kurze Zeit nach Ablösung der bisherigen Kommission wieder eine ähnliche Kommission ins Leben zu rufen, ist uns schwer gefallen. So richtig, wie auch die IAAPP-Geschichte oder die Verbesserung der Prozesse ist, so falsch kann auch eine Kommission sein. Wichtig – und darauf werden wir gut achten, ist uns, dass Aufwand und Nutzen in einem für die Stadt positiven Verhältnis stehen.

Voraussetzung dafür ist die richtige Auswahl der Themen, die bestmögliche Besetzung der Kommission und die effiziente Führung. Wir sind bereit einen weiteren Versuch zu starten und einer solchen Kommission eine Chance zu geben. Wir werden aber auch bereit und sehr bemüht sein, dass der Aufwand und Nutzen wirklich im richtigen Verhältnis zueinander steht und diese Kommission bestmögliche und effiziente Arbeit leistet.

Präsident Remo Bass: Sind keine weiteren Wortmeldungen, ist die Diskussion somit beendet. Wir kommen zur Abstimmung.

://: **Die Motion betreffend „Schaffung einer Fachstelle Verkehr“ wird grossmehrheitlich (23 Ja-Stimmen) als erheblich erklärt.**

Somit wird der Stadtrat mit der Bildung einer Fachkommission, gemäss Antragstellung der eingereichten Motion, beauftragt.

5. Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros für die restliche Amtszeit 2011-2015, SP-Gewerkschaften-Juso
(Rücktritt Anita Telatin)

Präsident Remo Bass: Infolge Wegzug hat Antia Telatin ihren Rücktritt per 31.05.2013 eingereicht. Für sie gilt es eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger zu wählen per 1.06.2013.

Die SP-Gewerkschaften-Juso schlägt ihnen Aurelia Campedel vor. Inge Abegglen wird sie ihnen kurz vorstellen.

Inge Abegglen, SP-Gewerkschaften-Juso: Wie gehört hat Anita Telatin ihren Rücktritt bekannt gegeben. Sie ist weggezogen aus Arbon. Wir möchten Ihnen gerne Aurelia Campedel vorschlagen für die restliche Legislaturzeit. Aurelia Campedel ist Jahrgang 1993, sie ist Bürgerin von Arbon und wohnt in Stachen. Sie hat letzten Sommer die Kantonsschule in Romanshorn beendet, macht jetzt ein Zwischenjahr und wird ab September an der ZHW Journalismus und Unternehmerkommunikation studieren. Sie wohnt weiterhin in Stachen und wird gerne Anita Telatin ersetzen, ich kann sie Ihnen sehr empfehlen.

://: **Aurelia Campedel wird einstimmig für die restliche Legislatur 2011-2015 in das Wahlbüro gewählt.**

Präsident Remo Bass: Wir gratulieren Aurelia Campedel zur Wahl.

6. Fragerunde

Präsident Remo Bass: Es liegen zwei vorzeitig eingereichte Fragen vor. Die erste Frage stammt von Astrid Straub, SVP betreffend „Verkehrsberuhigende Massnahmen in der Berglistrasse“.

Astrid Straub, SVP: Irritiert entnahm ich einer Medienmitteilung, dass bei den Sanierungsarbeiten am unteren Teil der Berglistrasse ein verkehrsberuhigendes Element gesetzt wurde. Es handelt sich um einen Vertikalversatz bei der Kreuzung Berglistrasse / Kirchweg. Der Stadtrat beschloss dieses Vorgehen offenbar, ohne die betroffene Bevölkerung vorzeitig zu informieren. Erstaunlich ist diese Massnahme auch, weil sich die Verkehrssituation nach der Eröffnung der NLK und der Umgestaltung der Altstadt (Einbahnverkehr) massiv ändern kann.

Ich ersuche den Stadtrat in diesem Zusammenhang um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Warum wurde die betroffene Bevölkerung nicht in diese bauliche Massnahme einbezogen?
2. Was ist der Hintergrund zu dieser verkehrsberuhigenden Massnahme? Soll damit schrittweise die Einführung von „Tempo 30“ in die Wege geleitet werden?
3. Was kostet der Vertikalversatz bei der unteren Berglistrasse / Kirchweg?

Stadtrat Reto Stäheli: Herzlichen Dank für die Fragen, welche ich Ihnen gerne beantworten werde.

Zur Frage 1: Im Zuge der Sanierung der Berglistrasse, Abschnitt Stahelplatz bis Kirchweg, mussten sämtliche Werkleitungen den neuen Ansprüchen der NLK genügen und wurden deshalb ausgebaut. In den vergangenen Jahren ist von Seiten der Anwohner schon mehrmals der Wunsch für eine Verkehrsberuhigung an die Stadt herangetragen worden. Um den Synergieeffekt für den desolaten Strassenzustand auszunützen, hat der Stadtrat die Strassensanierung samt einer punktuellen Verkehrsberuhigungsmassnahme Berglistrasse / Kirchweg aufgrund nachfolgender rechtlicher Grundlage genehmigt: Gemäss Gesetz über Strassen und Wege Art. 21. Abs. 4 kann die Gemeinde bei kleinen oder unbedeutenden Projekten für Beleuchtungsanlagen, Leitplanken, Entwässerungsanlagen, Staubfreimachung oder baulichen Massnahmen zur Verkehrsberuhigung oder -lenkung auf die öffentliche Auflage verzichten.

Zur Frage 2: Am 1. März 2013 hat der Stadtrat die Petition „Einführung einer Tempo-30-Zone im erweiterten Bergliquartier Ost“ erhalten. Im Budget 2014 wird das Projekt für die Erarbeitung eines Gutachtens und der Projektierung einer allfälligen Einführung einer Tempo-30-Zone im erweiterten Bergliquartier Ost aufgenommen.

Der Stadtrat wird, bis das Gutachten erstellt ist, den Einbau von Tempo 30 unterstützenden Elementen im erweiterten Bergliquartier Ost sowie an anderen Baustellen prüfen, wenn innerhalb der Zeit bis Abschluss des Gutachtens Tiefbauarbeiten ausgeführt werden müssen. Somit können

Synergien schon heute genutzt und umgesetzt werden, welche dann keine zusätzlichen Kosten für den allfälligen Einbau von Tempo 30 unterstützenden Elementen erfordert.

Zur Frage 3: Für den verbauten Vertikalversatz bei der unteren Berglistrasse / Kirchstrasse ist mit Kosten von ca. Fr. 10'000.-- bis Fr. 15'000.-- zu rechnen. Ein späterer Ausbau an dieser Stelle hätte Kostenfolgen von Fr. 30'000.-- bis Fr. 40'000.-- zur Folge.

Präsident Remo Bass: Die zweite Frage stammt von Jacob Auer, SP-Gewerkschaften-Juso betreffend: Erhaltung Postautokurs 244

Jacob Auer, SP-Gewerkschaften-Juso: Der Busfahrplan von Steinach nach St. Gallen wird ab Oktober ausgebaut. Neu verkehrt er zu Stosszeiten im Viertelstundentakt. Weit weniger genutzt ist der Postautokurs Nummer 244 von Rorschach nach Arbon. Der Bus fährt durch die Gemeinden Goldach, Horn, Tübach und Steinach. Der Kurs ist im Kontext sehr schlecht frequentiert. Grund für die schlechte Nutzung ist unter anderem der neue Bahnhof in Steinach, der Pendler schneller in die Zentren bringt. Es müsse deshalb (gemäss der Zeitung) damit gerechnet werden, dass der 244er-Kurs mit der Fahrplanumstellung im Jahr 2014 wegfallen.

Die Strecke Arbon - Obersteinach - Rorschach wird noch durch viele Pendler benutzt, gibt es doch Firmen wie Trunz AG, Hügli oder weitere Arbeitgeber in Tübach und im Oberdorf von Goldach. (Der Bus hält ja beim COOP und der City-Garage in Goldach)

Meine Fragen :

1. Was unternimmt der Stadtrat, um diese Strecke 244 zu erhalten?
2. Welche Gespräche sind mit wem geführt worden?

Stadtammann Andreas Balg: Ich erlaube mir die 2. Frage zuerst zu beantworten:

Die Gespräche zur Linie 244 wurden in den letzten zwei bis drei Jahren mehrfach geführt. Seit meinem Amtsantritt haben keine weiteren Gespräche zu dieser Linie stattgefunden. Die Entscheidungshoheit bezüglich der Versorgung mit dem öffentlichen Verkehr liegt beim Kanton, bzw. bei den Kantonen. Bei grenzüberschreitenden Verbindungen hat der Kanton die Federführung, welcher den grösseren Anteil der Strecke auf seinem Gebiet hat. In diesem Fall ist dies der Kanton St. Gallen.

Zwischen der Gemeinde Arbon und der Stabsstelle Öffentlicher Verkehr und Tourismus besteht ein regelmässiger Kontakt. Formell wird vor Veränderung des ÖV-Angebots ein Fahrplanverfahren mit der Möglichkeit zur Stellungnahme eröffnet. Aktuell waren Stellungnahmen bis 14. Juni 2013 gewünscht.

Zu Frage 1: Der Stadtrat unternimmt nichts, um die Strecke 244 zu erhalten. Warum nicht? Weil der Kurs, wie du korrekt formulierst, „sehr schlecht frequentiert ist“.

Die Position der Kantone: Die beiden Kantone SG und TG haben vorgesehen, die Buslinie wegen ungenügender Nachfrage aufzuheben. Der Kostendeckungsgrad beträgt aktuell 20.2% und erfüllt die durchschnittliche Mindestanforderung des Kanton Thurgau nur knapp und die Mindestanforderung des Kantons Sankt Gallen von 25% klar nicht. Arbon und Rorschach sind gut mit der Bahn verbunden. Bei der Linie 244 handelt es sich somit um eine ergänzende Städteverbindung. Für diese Ergänzungsleistung ist eine Kostendeckung von 20% zu knapp.

Der Stadtrat kann sich dieser Argumentation anschliessen.

Präsident Remo Bass: Sind noch mündliche Fragen?

Elisabeth Tobler, SVP: Ich habe die Auflage des Baugesuches beim Restaurant Bündnerhof, Landquartstrasse / St. Gallerstrasse gelesen. Darin wird vermerkt, dass ein geschützter Baum gefällt werden soll. Es erstaunt doch sehr, dass erneut ein geschützter Baum, wie an der Rebhaldenstrasse, gefällt werden soll. Ich frage mich, wer dazu das ok gibt, dass es zu einer solchen Ausschreibung kommt?

Die Bauverwaltung hat sich doch an die Schutzbestimmungen zu halten, welche die Stadt selber erlassen hat.

Meine Fragen:

1. Ist der Stadtrat bereit, diesen geschützten Baum zu erhalten und diese Bewilligung nicht zu erteilen?
2. Warum interveniert der Stadtrat nicht schon vor der Ausschreibung beim Bauherrn?
3. Ist der Stadtrat bereit, diesbezüglich in der Bauverwaltung den Ablauf bis zur Ausschreibung zu überprüfen, damit in Zukunft die geschützten Bäume auch wirklich geschützt sind.

Ich hoffe doch sehr, dass es für diesen Baum noch nicht zu spät ist.

Stadtamtmann Andreas Balg: Der aktuelle Fall ist mir im Moment nicht 100 Prozent geläufig. Grundsätzlich ist es so, dass die Ortsbildkommission eine Empfehlung an den Stadtrat gibt und der Stadtrat dann entscheidet aufgrund der Sachlage. Wie es sich im speziellen Fall genau verhält und ob es schon zu spät ist, darauf kann ich im Moment keine Antwort geben und die Antwort muss nachgereicht werden.

7. Verschiedenes

- Informationen aus dem Stadtrat

Stadtamtmann Andreas Balg: Jetzt werde ich einen Teil meines Versprechens einlösen und kurz über die aktuellen Projekte und weitere Informationen aus dem Stadtrat informieren.

Vorweg bevor ich zu den Projekten komme, ein Hinweis: Die Bauverwaltung war wieder kreativ und hat neu eine Übersicht der Baustellen in den verschiedenen Ortsteilen auf der Webseite aufgeschaltet. Über den Bereich auf Bauverwaltung kann dieses Dokument als erstes eingesehen werden. Ich finde es hilfreich und spannend, wenn man sieht, welche Baustellen in welchem Bereich von wann bis wann aktiv sind und seine Fahrroute entsprechend neu planen kann.

Zu den Projekten: Es ist so, dass ich eine Zusammenstellung gemacht habe, die beinhaltet 20 oder 25 Projekte. Ich werde jeweils aus meiner Sicht die interessantesten 10 bis 15 Projekte auswählen und wie folgt informieren:

Einerseits kurz die Projektnahme, dann der aktuelle Stand und dann der nächste Schritt. Diese Information ist als Ergänzung der bestehenden Projektübersicht, die auf der Webseite der Stadtentwicklung ist, zu verstehen. Einige Beispiele und ich bin gespannt, wie ihre Rückmeldungen sein werden:

- Projekt Werkgebäude Friedhof: hier sind aktuell zwei Rekurse eingegangen, im Weiteren wird der Miteinbezug des Parlaments mit konkretem Vorschlag dann berücksichtigt und das Parlament entscheidet dann über das weitere Vorgehen. Wir haben hier noch die Volksabstimmung allenfalls noch hängig, je nach Entscheid des Parlaments.
- Motion Metropol: Aktuell ist eine Aufsichtsbeschwerde und ein Rekurs eingereicht worden. Die Stellungnahme wird im Stadtrat erarbeitet.
- Aufwertung Landstrasse: Die Vergabeaufträge zusammen mit dem Kanton laufen. Die Behandlung der Aufträge soll in der Stadtratssitzung vom 8. Juli erfolgen. Baubeginn wäre dann im November dieses Jahres. Das Lastwagenverbot auf der Landquartstrasse wurde aufgehoben.

Jetzt fehlt der nächste Schritt. Dazu wurde vorgeschlagen als nächsten Schritt, die Verkehrsanordnung durch das Departement Bau und Umwelt vorzunehmen, dies ist schon im Gange.

- Erschliessung Stachen Süd: Die Verkehrsstudie ist erstellt. Massnahmen und Entscheidungsgrundlagen werden aktuell erarbeitet.
- Gestaltungsplan Breitehof: Die Vorprüfung bei der kantonalen Raumplanung ist der aktuelle Stand. Der nächste Schritt wäre dann die öffentliche Auflage.
- Römerhof: Die Petition der IG Sensibel bauen in der Altstadt wurde eingereicht. Die Priora Development AG plant nach den Sommerferien die verschiedenen Bedürfnisse der einzelnen Interessengruppen abzuholen und einen Masterplan zu erstellen. Hier wird noch etwas Zeit benötigt.
- Ortsplanungsrevision OPR: Diese wurde durch den Stadtrat verabschiedet. Am Freitag ist die öffentliche Auflage der Änderungen gestartet und die Dokumente können in der Bauverwaltung eingesehen werden.
- Entsorgungsstelle: Die Entsorgungsstelle wurde in der Stadtratssitzung verabschiedet und wird in Kürze mit wenigen Ergänzungen ans Parlament weitergereicht werden. Die Vorbereitungen für ein Provisorium sind getroffen. Der Werkhof versucht, einen lückenlosen Service aufrecht zu erhalten.
- Das letzte Projekt über das ich hier heute kurz informieren will, ist der Skatepark. Aktuell sind noch Einsprachen hängig. Der Entscheid vom Departement Bau und Umwelt wird erwartet.

Präsident Remo Bass: Die heute eingereichte Interpellation „zur Praxis im Baubewilligungsverfahren“ ist von 21 mit unterzeichnet worden. Sie geht nun zur Bearbeitung an den Stadtrat.

Präsident Remo Bass: Wie sie wissen, liebe Parlamentsmitglieder, findet das alljährliche Parlamentariertreffen der verschiedenen Rats- und Gemeindepalamente des Kantons Thurgau dieses Jahr bei uns in Arbon statt. Wir haben Ihnen heute die Einladung bereits verteilt und ich freue mich über eine grosse Teilnahme durch das Parlament Arbon, wo wir Gastgeber sind und dies auch wahrnehmen wollen.

Geschätzte Anwesende, Besucherinnen und Besucher, Parlamentsmitglieder, Stadtratsmitglieder und Vertreter der Medien. Wir sind am Ende dieser Sitzung angekommen und ich danke Ihnen allen für die aktive Mitarbeit und das Interesse.

Ich wünsche uns allen eine Sommerzeit zum Geniessen, sei es hier in Arbon am oder auf dem See an irgendeinem schönen Flecken in der Schweiz oder anderswo im Ausland, jedoch frei von Verpflichtungen des Alltags.

Damit möchte ich die 16. Parlamentssitzung schliessen und freue mich, sie wieder an der 17. Parlamentssitzung am 10 September 2013 um 19.00 Uhr begrüssen zu dürfen.

Schluss der Sitzung: 21.30 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Der Parlamentspräsident:

Remo Bass

Die Parlamentssekretärin

Evelyne Jung